Wilson's Ansprache vor dem Kongreß.

Wiederholt Empfehlungen für Bahn-Gesetzgebung.

Untersuchung der Hochpreise im Vordergrund des Interesses.

Washington, 5. Dez. Mit begreiflicher Spannung hat der Kongreß heute die Eröffnungsrede des Präsidenten Wilson erwartet, die er um 1 Uhr mittags vor den Vereinigten Häusern hielt. Gleich nach Anhörung der Rede wurde die gesetzgeberische Maschine in Bewegung gesetzt.

Der Präsident verlangte in seiner heutigen Rede von der gesetzgebenden Körperschaft eine Ergänzung des Adamson-Gesetzes als einem der wichtigsten Probleme der kommenden Session. Was Herr Wilson mit Bezug auf die Kontrolle über Lebensmittel tun wird, bleibt gänzlich abzuwarten. Der Präsident sympathisiert sicher mit den Leidenden, aber er erklärt sich mit keinem Worte dahin, daß er irgendwelches Verfahren in Vorschlag bringen wird.

Entsprechend dem Zeremoniell des Kongresses, durch Mitglieder des Hauses und des Senats eingeführt, hielt der Präsident vor dem Vereinten Kongresse die folgende Ansprache:

Meine Herren vom Kongreß:

„Indem ich mich hiermit meiner mir von der Verfassung auferlegten Pflicht erledige, Sie von Zeit zu Zeit über den Stand der Dinge zu unterrichten und Ihnen solche Gesetzvorlagen zu unterbreiten, die uns als zweckmäßig dünken, werde ich unter der Voraussetzung, daß Sie damit einverstanden sind, den Leitern der einzelnen Departements die Ausarbeitung des für die Verwaltung nötigen Programms überlassen und mich lediglich auf die Dinge beschränken, mit denen der Kongreß sich in der jetzt beginnenden Session befassen sollte.

„Ich bin mir der Kürze der Zeit, die Ihnen in dieser Session zur Verfügung steht, bewußt und werde deshalb meine Vorschläge nach Möglichkeit beschränken; aber in der letzten Session sind einige Arbeiten unerledigt geblieben, für deren Erledigung jetzt Zeit vorhanden ist und die im Interesse des Volkes jetzt notwendigerweise erledigt werden müssen.

Die Eisenbahnfrage.

In erster Linie scheint es mir absolut notwendig zu sein, einen Gesetzesvorschlag, den ich Ihnen beim Schluß der letzten Sitzung unterbreitete, so bald als nur möglich in Beratung zu ziehen, da die noch zu erledigenden Teile dieses Programms damals schon eine Gefahr für das Wohl des Landes bedeuteten und es auch heute noch sind. Ich spreche von der zwischen den Eisenbahnen des Landes auf der einen Seite und den Lokomotivführern, Schaffnern und Bahnangestellten auf der anderen Seite bestehenden Kontroverse.

„Ich schlug damals folgendes vor:

„Erstens; sofortige Maßnahmen zur Vergrößerung und Reorganisation der zwischenstaatlichen Handels-Kommission im Einklange mit den kürzlich vom Hause passierten und jetzt dem Senat vorliegenden Vorschlägen. Durch sie soll die Kommission in die Lage versetzt werden, sich mit den vielen und mannigfaltigen Aufgaben, die ihr obliegen, mit Schnelligkeit und Gründlichkeit zu befassen, was mit ihren (der Kommission) jetzigen Machtbefugnissen unmöglich ist.

„Zweitens; die Einrichtung eines Achtstundentages als die gesetzliche Basis für Arbeit und Löhne aller Angestellten, deren Beschäftigung mit dem zwischenstaatlichen Bahnbetrieb direkt zu tun hat.

„Drittens; die Machtbefugnis für den Präsidenten, eine kleine Körperschaft von Männern zu bilden, die die tatsächlichen Resultate des Experimentes, das in der Annahme des Achtstundengesetzes für die Leute und die Eisenbahnen besteht, zu beobachten.

„Viertens; ausdrückliche Bewilligung von höheren Frachtraten durch den Kongreß, um die Vermehrung der Unkosten, die durch die Verwirklichung des Achtstundentages verursacht werden und durch behördliche Verordnung noch nicht haben ersetzt werden können, zu bestreiten, vorausgesetzt natürlich, daß eine Erhöhung der Frachtraten gerechtfertigt ist.

„Fünftens; ein Amendement der bestehenden Bundesgesetze, die sich mit schiedsgerichtlicher Vermittlung in Streitfragen wie der vorliegenden befassen, dahingehend, daß, im Falle die jetzt bestehenden Gesetze nicht genügen, eine öffentliche Untersuchung aller in Frage stehenden Kontroversen eingeleitet und vollendet werde, ehe ein Streik oder eine Aussperrung gesetzlich begonnen werden kann.

„Sechstens; die Ausstattung des Präsidenten mit der Machtbefugnis, im Falle militärischer Notwendigkeit, die Kontrolle über solche Teile der Eisenbahnen und des Eisenbahneigentums des Landes zu übernehmen, die für militärische Zwecke benutzt werden, und sie für militärische Zwecke zu gebrauchen, ferner die Machtbefugnis, solche Teile des Eisenbahnpersonals zum Militärdienst heranzuziehen, die zur Bewältigung des Verkehrs benötigt werden.

Sofortige Maßnahmen gewünscht.

„Den ersten und zweiten dieser Vorschläge hat der Kongreß in der letzten Sitzung sofort angenommen: er errichtete den Achtstundentag als legale Basis für Arbeit und Löhne der Eisenbahnangestellten und autorisierte die Ernennung einer Kommission, die beobachten und über ihre Beobachtungen Bericht erstatten soll, da er, der Kongreß, diese Maßnahme als unbedingt erforderlich betrachtete, aber er schob die Beratung der anderen Vorschläge auf eine gelegenere Zeit auf. Ich erachte es nicht für notwendig, den vierten Vorschlag zu erneuern. Die Machtbefugnis der Zwischenstaatlichen Handelskommission, eine Erhöhung der Frachtraten aus den erwähnten Gründen zu bewilligen, ist unwiderruflich klar und eine diesbezügliche Empfehlung des Kongresses möchte den Umfang der Autorität der Kommission oder ihre Absicht gerecht zu sein in Frage ziehen, während beide, der Umfang der Autorität und die Absicht, über jeden Zweifel erhoben sind.

Machtbefugnis für den Präsidenten.

Die anderen Vorschläge — die Vermehrung der Zwischenstaatlichen Handelskommission und ihrer Fazilitäten zur Erfüllung ihrer mannigfaltigen Pflichten, die Einrichtung einer öffentlichen Untersuchung und die Macht des Präsidenten, im Kriegsfalle oder aus anderen Gründen die Kontrolle über die Bahnen und die Betriebsleitung derselben zu übernehmen — unterbreite ich dem Kongreß nochmals höchst eindringlich.

„Die Notwendigkeit für solche Gesetzgebung ist öffentlich und dringend. Diejenigen, die uns mit der Verantwortung betraut haben und der Pflicht, sie und ihre Interessen in solchen Dingen zu schützen, würden es, glaube ich, kaum möglich finden, uns zu entschuldigen, falls wir verfehlten, uns dieser wichtigen Dinge anzunehmen oder die Beratung derselben unnötigerweise aufzuschieben.

„Nicht nur findet die Zwischenstaatliche Handelskommission es in ihrer jetzigen Zusammensetzung und ihrer jetzigen Organisation unmöglich, ihre Aufgaben prompt und gründlich zu erfüllen, sondern es ist auch nicht ausgeschlossen, daß den Aufgaben dieser Kommission augenblicklich neue Schwierigkeiten erwachsen. Deshalb muß die Kommission eine vollendete Behörde werden.

Vermeidung industrieller Störungen.

„Das Land kann und sollte nicht länger aus Mangel an weiterer Versöhnungsmittel, die der Kongreß nicht bewilligen kann, tiefgehenden industriellen Störungen ausgesetzt sein. Und keiner wird Zweifel darüber haben, daß der Präsident die Macht haben muß, die Eisenbahnen sofort zur Konzentration von Truppen zu zwingen, ganz gleich wann und wo sie gebraucht werden.

Dies ist ein Programm der Regulierung, der Verhinderung von Uebeln und behördlicher Tätigkeit, ein Programm, das für sich selbst spricht. Was die Vermehrung der Machtbefugnisse der Kommission anbetrifft, so hat das Haus diese Angelegenheit bereits erledigt, und nur der Senat hat sich noch damit zu befassen.

Freiheit der [illegible]

„Ich würde zögern, einen Vorschlag zu machen, demgemäß es einem Arbeiter in irgendeiner Anstellung nicht gestattet sein sollte, seine Arbeit niederzulegen, wenn sie ihm nicht gefällt, und ich glaube, der Kongreß würde sich weigern, auf einen solchen Vorschlag einzugehen, wenn ich ihn wirklich machen sollte. Ein Gesetz zu passieren, das dem Arbeiter verbietet, ohne Einwilligung der Gesamtheit seine Arbeit niederzulegen, würde gleichbedeutend mit einer Aenderung innerer Rechtspflege sein, eine Aenderung, die Sie schwerlich einführen würden. Aber der Vorschlag, daß der Eisenbahnbetrieb des Landes nicht zum Stillstand gebracht oder unterbrochen werden soll durch das einmütige Vorgehen organisierter Körperschaften, bis eine Untersuchung eingeleitet und vollendet worden ist, würde nicht gleichbedeutend sein mit einer Aenderung der Rechtspflege, zumal eine Untersuchung die ganze Frage dem Volke offen zur Beurteilung vorlegt. Der in Frage stehende Vorschlag beruht auf dem sehr verschiedenen Prinzip, daß das einmütige Vorgehen einer mächtigen Verbindung von Männern nicht in der Lage sein soll, den industriellen Betrieb der Nation zu lähmen, wenigstens nicht, ehe das Volk nicht die Gelegenheit gehabt hat, sich mit allen Einzelheiten der zwischen Arbeiter und Arbeitgeber bestehenden Streitigkeiten vertraut zu machen, nicht, ehe das Volk Zeit gehabt hat, sich ein Urteil über die Gerechtigkeit der beiderseitigen Ansprüche zu bilden und die vollste Gelegenheit, alle zur Vermittlung und Versöhnung zur Verfügung stehenden Mittel in Betracht zu ziehen. In einem solchen Vorschlag kann ich nichts sehen als eine berechtigte Beschützung der Lebensnotwendigkeit durch das Volk selber. In diesem Vorschlag liegt nichts despotisches oder ungerechtes, außer denn es wird despotisch und ungerecht ausgeführt. Der Vorschlag kann und sollte mit voller und gewissenhafter Rücksicht auf die Interessen und Freiheiten aller Betroffenen und auf die Interessen der menschlichen Gesellschaft zur Ausführung gebracht werden.

Drei Aufgaben des Senats.

Drei Sachen von höchster Wichtigkeit, über welche das Repräsentantenhaus sich bereits schlüssig gemacht hat, erwarten die Entscheidung des Senats: Die Bill, welche größere Freiheit des Zusammenschlusses, als es unter den gegenwärtigen Bestimmungen für gesetzlich angesehen wird, für alle diejenigen gewährleistet, welche den auswärtigen Handel des Landes zu fördern suchen; die Bill, welche die Verfassung von Porto Rico verändert, und die Bill, welche eine gründliche und mehr systematische Untersuchung der Geldausgaben bei den Wahlen vorschlägt. Es ist nicht nötig, daß ich den Rat gebe, diese Gesetze zu erlassen. Daß sie dringend nötig sind, ergibt sich aus den Umständen, welche ihre Annahme jetzt nicht nur wünschenswert, sondern notwendig machen. Selbst ein Aufschub würde die Interessen des Landes und der Regierung auf das ernsteste gefährden.

Wahlausgaben.

Der sofortige Erlaß des Gesetzes zur Ordnung der Wahlausgaben mag weniger notwendig erscheinen, als die sofortige Annahme der anderen Maßregeln, auf welche ich mich bezogen habe, weil wenigstens zwei Jahre verfließen werden, bis wieder eine Wahl stattfindet, in welcher Bundesämter zu besetzen sind; es würde aber eine große Erleichterung bedeuten, wenn diese wichtige Angelegenheit erledigt würde, während die Umstände und die Gefahren für die öffentliche Moral, welche die gegenwärtige Methode, Kampagne-Fonds zu erhalten und auszugeben, in sich birgt, klar in jedermanns Sinne sind, im Lichte kürzlicher Beobachtung und während die Methoden offen im Lichte gegenwärtiger Erfahrung studiert werden können; und ein Aufschub würde ferner den sehr ernsten Nachteil haben, daß die Entscheidung erfolgen würde zu einer Zeit, in der die Neuwahlen vor der Tür stehen und es den Anschein haben könnte, als ob diejenigen, welche für die Annahme eintreten, besondere Zwecke im Auge hätten. Jetzt kann gehandelt werden mit Tatsachen als Richtschnur und ohne den Verdacht von Parteizwecken.

Ausfuhrhandel.

Ich werde nicht des längeren darüber sprechen, wie wünschenswert es für diejenigen, welche sich der wichtigen Aufgabe des Aufbaus unseres Ausfuhrhandels unterziehen, ist, eine freiere Hand zu haben zu gemeinsamem Vorgehen. Dieses Unternehmen wird jetzt, wird unmittelbar eine ungeahnte Größe annehmen, ja, hat dieselbe bereits angenommen. Wir haben nicht die nötigen Einrichtungen für den Fortgang, und es ist zweifelhaft, ob sie in zureichendem Maßstabe unter den gegenwärtigen Gesetzen getroffen werden könnten. Wir sollten alle gesetzlichen Hindernisse beseitigen und eine sichere gesetzliche Grundlage schaffen, welche Freiheit gewährt, ohne unbeaufsichtigte Willkür zu gestatten. Die Sache muß jetzt getan werden, da die Gelegenheit hier ist und uns entgehen mag, wenn wir zögern oder es hinausschieben.

Porto Riko.

Die Begründung für die vorgeschlagenen Aenderungen der Verfassung von Porto Riko ist kurz und schlüssig. Die gegenwärtigen Gesetze, nach welchen die Insel regiert wird und welche die Rechte und Privilegien der Bewohner bestimmen, sind nicht gerecht. Wir haben die Erwartung ausgedehnter Vorrechte erregt, welche wir nicht erfüllt haben. Die Bevölkerung der Insel ist unruhig, und es herrscht selbst argwöhnischer Zweifel über unsere Absichten mit ihnen, welchen die Annahme der schwebenden Maßregel in glücklicher Weise beseitigen würde. Wir haben keinen Zweifel über alle wichtigen Einzelheiten der Vorlage. Wir sollten dieselbe sofort zum Gesetz erheben.

Lobt den Kongreß.

Da sind noch andere Angelegenheiten, welche schon bis zum Stadium der Konferenz zwischen den beiden Häusern gediehen sind, von denen ich jetzt nicht zu sprechen brauche. Irgendeine praktische Grundlage der Vereinbarung darüber wird ohne Zweifel gefunden werden, und es wird über sie entschieden werden.

Da dieses, meine Herren, wahrscheinlich die letzte Gelegenheit ist, bei welcher ich dem 64. Kongreß eine Botschaft sende, so hoffe ich, daß Sie mir erlauben werden, zu sagen, mit wie großer Freude und Befriedigung ich mit Ihnen bei den vielen Maßregeln konstruktiver Politik, mit welchen Sie die Gesetzgebung bereichert, zusammengearbeitet habe. Es war ein Vorzug, in solcher Gesellschaft mitarbeiten zu dürfen. Ich nehme mir die Freiheit, Sie zur Vollendung eines Rekords von seltener Nützlichkeit und Auszeichnung zu beglückwünschen.

Untersuchung der Hochpreise.

Der Vorsitzende Henry vom dem Ausschusse für Regeln wird morgen mit dem Präsidenten über die Beschleunigung der Lösung des Lebensmittelproblems konferieren. Henry verbrachte heute beträchtliche Zeit in Konferenz mit Richter Adamson von der Handelskommission, um die elf Vorlagen zu begutachten, die bereits eingereicht wurden und darauf abzielen, das weitere Steigen durch Erlaß eines Ausfuhrverbots auf Ausfuhr, die Kontrolle der Kühlspeicher und die Herabsetzung der Paketpostraten herbeizuführen. Es wird beabsichtigt, alle diese Maßregeln zu einer zu vereinigen, die sowohl auf den Ermittelungen des Ausschusses beruht, als auch die Billigung des Präsidenten finden kann.

Hochflut erwartet.

Es muß erwartet werden, daß Maßregeln gegen Andauer der Hochpreise in irgend einer Form geplant werden müssen, aber es ist sehr zweifelhaft, daß eine von ihnen angenommen werden wird.

Zweifellos werden Versuche gemacht werden, ein Ausfuhrverbot auf Lebensmittel zu erlassen, aber hier handelt es sich vorläufig nur um Gerüchte. Die Regierung wird sich einer derartigen Bewegung nie anschließen, und die Führer erklären, daß die Regelung dieser Angelegenheit den Ansichten der Regierung überlassen bleiben müsse.

Einfuhr kanadischer Kartoffeln.

Um die Hochpreise anzugreifen, soweit Kartoffeln in Frage kommen, hat das Ackerbauamt beschlossen, daß eine Milderung der Quarantäne-Gesetze auf die Einfuhr von kanadischen Knollen erfolgen solle.

Von jetzt an sollen, Kartoffeln, die zu mehr als 10 Prozent Krankheitskeime aufweisen, in jedem Heimhafen zugelassen werden, anstatt besonders bezeichneten Häfen überwiesen zu werden, wie dies bisher geschah.

Sendungen sollen auch nicht unnötig aufgehalten werden, und die Behörde soll die Maßregeln der Besichtigung so leicht als möglich machen. Durch dieses Vorgehen der Behörde wird eine große Sendung von Kartoffeln aus Kanada erwartet, die auf die hiesigen Preise von unmittelbarer Wirkung sein sollte.

Volle Wahrheit wird verlangt.

Ungarische Presse über Bahnunglück in Aufregung.

Dem Handelsminister Harkanyi wird die Katastrophe zur Last gelegt.

Budapest, 4. Dez. Ueber London, 5. Dez. Die ungarische Presse, die durch die Zensur zurückgehalten wird, besteht darauf, daß die volle Wahrheit über den Bahnunfall in Herczehalen publiziert und die Verantwortung festgestellt werde, gleichgültig wen die Schuld treffen sollte. Bei dem Unfall, der sich in der letzten Woche ereignete, wurden 64 Personen getötet und 120 verletzt. Zwei Züge kollidierten und auf einem der Züge befanden sich hochgestellte Persönlichkeiten, die dem Leichenbegängnis des Kaisers Franz Joseph in Wien beigewohnt hatten.

Wenn auch der Lokomotivführer und Kondukteur des zertrümmerten Schnellzuges verhaftet wurden und wenn sie auch behaupten, daß die Bremsen versagt hätten, so läßt die Untersuchung die Annahme aufkommen, daß die wahre Ursache des Unglücks auf einen Befehl des Handels-Ministers Harkanyi zurückzuführen sei, der darauf bestanden hätte, daß sein Zug dem anderen vorausfahre. Der „Morgen" drückt so ziemlich die allgemeine Stimmung in der Presse aus, wenn er schreibt:

„Zerbrochene Signallampen, schadhafte Bremsen und verhaftete Zugbedienstete, die im voraus schuldig erklärt werden, werden in diesem Falle das Publikum nicht befriedigen".

Mecklenburg in Trauer.

Großherzogin-Witwe Augusta Carolina vom Tod ereilt.

Amsterdam, 5. Dez. Ueber London. Ein Telegramm aus Neustrelitz, Deutschland, meldet, daß die Großherzogin-Witwe Augusta Carolina von Mecklenburg-Strelitz gestorben sei.

Die zwei großen Dampfer

City of Detroit III. und City of Cleveland III. der D. & C. Linie unterhalten täglichen Verkehr zwischen Detroit und Buffalo, abfahrend 5 Uhr nchm., Central Standardzeit. Benutzen Sie „den Wasserweg" auf Ihrer Reise nach dem Osten.—Anz.

Lloyd-George zum Rücktritt entschlossen.

Premier Asquith hat angeblich seinen Platz behauptet.

Keine Massen-Resignation im britischen Kabinett erwartet.

Arbeiter-Partei wollte den Plan Lloyd-George's nicht billigen.

Premier bleibt an der Spitze eines kleineren Kriegsrates.

London, 5. Dez. Die Exchange Telegraph Co. sagt, daß Kriegs-Sekretär Lloyd-George seinen Rücktritt beschlossen habe.

Die Resignation wurde eingereicht, nachdem er erfahren hatte, daß Premier Asquith nicht dem Vorschlag zustimmen wolle, daß der Kriegsrat ohne den Premier an der Spitze gebildet werden sollte.

Der Evening Star schreibt: „Die politische Krise ist vorüber, soweit es die Probe auf die Stärke zwischen Asquith und Lloyd-George ankam. Asquith hat gewonnen. Es wird keine Resignationen geben und eine Rekonstruktion der Regierung nicht stattfinden. Das Versagen der Kabale ist dem Umstand zuzuschreiben, daß die Arbeiter-Partei sie nicht unterstützen wollte. Sie wollten George's Plan unter keiner Bedingung unterstützen und der Plan fiel deshalb durch."

Lloyd-George obenan.

London, 5. Dez. Heute morgen war die Kabinetts-Krise noch fern der Lösung. Gerüchtweise verlautet sogar, daß heute Premier Asquith resignieren wird. Die Resignation sämtlicher anderer Minister soll er bereits in seiner Hand haben. Aus allem, was man erfahren kann, ersieht man blos das eine, daß Lloyd-George die Oberhand besitzt und daß sich Asquith vermutlich seinen Wünschen fügen wird. Diese gehen aber dahin, daß Sekretär Grey vom Auswärtigen Amte, Walter Runciman, Präsident des Handelsrates; Reginald McKenna, Schatzamts-Sekretär; Lord Robert Cecil, Minister für Munitionen, und Herr Balfour, erster Lord der Admiralität, aus dem Kabinett ausscheiden sollten.

Manchester Guardian sieht Licht.

Der Manchester Guardian bespricht die politische Krise und empfiehlt, daß das Volk in Generalwahlen sich neue Herrscher erwähle. Im Anschluß daran publiziert das Blatt folgende bemerkenswerte Warnung:

„In der Tat bestehen zwei Krisen, denn die Krise im Ministerium ist nur ein Widerschein der Krise im Kriege. Die Kriegs-Krise läßt sich kurz, wie folgt, zusammenfassen: Daß der Fortschritt der Ereignisse und die Auseinanderfolge bitterer Erfahrungen endlich die meisten Personen in England zu der Erkenntnis der Tatsache gebracht haben, daß wir den Krieg nicht gewinnen, und zu der weiteren Ueberzeugung, daß wir bei den gegenwärtigen Methoden der Kriegsführung ihn nie gewinnen werden."

Widerstreit der Ansichten.

Nach dem parlamentarischen Korrespondenten des Star ist die wahre Basis der politischen Krise ein Konflikt zwischen östlicher und westlicher Strategie.

„Die ‚Westlichen'", schreibt der Korrespondent, „befürworten die Konzentrierung der ganzen militärischen Stärke an der Westfront, um die Deutschen zu zwingen, den Kampf in Frankreich und in Flandern auszufechten. Sie stützen sich dabei darauf, daß die Verbindungslinien nach der westlichen Front kurz und so sicher sind, daß sie weniger Schiffe verschlingen, während die Absendung von Truppen nach dem östlichen Schauplatz eine unerträgliche Last auf unser ohnedies reduziertes Schiffswesen legt.

„Die ‚Oestlichen' befürworten, bei einer Defensive im Westen zu bleiben und die Offensive von Saloniki aus zu ergreifen, wohin man eine Armee von einer halben Million Mann senden will. Die ‚Westlichen' halten dies für Wahnsinn, der nur zu verhängnisvollem Ende führen kann, da man das deutsche Spiel spielen würde. Feldmarschall von Hindenburg's höchstes Ziel sei es, den Schwerpunkt des Krieges von Frankreich nach dem Balkan zu verlegen. Was er fürchte, sei die Offensive an der Somme. David Lloyd-George hält es aber mit den ‚Oestlichen.'"

Neuer Kredit wird verlangt.

London, 5. Dez. Der neue Kriegs-Kredit, den Premier Asquith am Donnerstag im Haus der Gemeinen verlangen wird, wird $2,000,000,000 betreffen. Dies würde den Gesamt-Kredit für das Jahr 1916 auf $8,750,000,000 bringen.

Lloyd-George's Vorschlag abgelehnt.

London, 5. Dez. Die Westminster Gazette schreibt, daß Premier Asquith endgültig einen Vorschlag zur Bildung eines Kriegsrates verworfen habe, dem er nicht als Mitglied angehören sollte. Die nächsten Schritte müssen nun jene Mitglieder im Kabinett tun, von denen der Vorschlag ausgegangen war.

Herr Asquith stimmte einem kleineren Kriegsrat zu, fährt das Blatt fort, war aber der Ansicht, daß der Premier notwendigerweise der Vorsitzer einer solchen Körperschaft sein müsse. Sein Standpunkt soll die Unterstützung des Sekretärs Grey vom auswärtigen Amt und der meisten Kollegen im Kabinett gefunden haben.

Sechs Amerikaner in Mexiko vermißt.

Carranza gibt nur ausweichende Antwort.

Deutscher Vize-Konsul und zwei Amerikaner anscheinend tot.

Deutscher Konsul in Matamoras angeblich entführt.

Charles Elmendorff sendet beruhigende Nachricht.

El Paso, 5. Dez. Eine Bittschrift an das Staatsdepartement in Washington wegen Stellung peremptorischer Forderungen an die Regierung Carranzas behufs Erlangung von zuversichtlichen Nachrichten über das Schicksal der sechs Amerikaner, die sich in der Stadt Chihuahua befanden, als sie von Anhängern Villas eingenommen wurde, wird hier von Freunden und Verwandten vorbereitet. Wenn Nachrichten über das Schicksal der Vermißten nicht in kürzester Zeit bekannt gegeben werden, wird in Washington protestiert werden.

Die Petition wird voraussichtlich den mexikanischen Regierungsbeamten zur Last legen, daß sie Nachrichten über die Sicherheit von Amerikanern in Chihuahua und Juarez entweder zurückgehalten oder geflissentlich unterdrückt haben. Das hiesige mexikanische Konsulat hat eine wirkliche Anstrengung gemacht, um Nachrichten zu erhalten und berichtete, daß das Ersuchen um Nachicht dem General Ozuma in Chihuahua mit der Bitte um Nachricht übermittelt worden sei.

Carranza zu beschäftigt.

Die Militärbehörden Carranzas in Juarez behaupten, daß der einzige Draht, der mit der nördlichen Hauptstadt noch offen ist, von den Militärbehörden in Anspruch genommen wird und zu sehr beschäftigt ist, als daß er Privatgeschäfte erledigen könne. In mexikanischen Kreisen sind seit der Räumung von Chihuahua keine Nachrichten über die Bewegungen von Villa eingegangen.

Hiesige Militärbehörden erwarten, daß der Banditenchef sein Hauptquartier nahe San Andreas im westlichen Staate Chihuahua aufschlagen wird, um seine Anhänger behufs Beraubung des Landes zu teilen.

Deutscher Konsul angeblich getötet.

Washington, 5. Dez. Die Nachrichten des Staatsdepartements einschließlich einer Depesche von El Paso bringen den unbestätigten Bericht von Chihuahua, daß der deutsche Vizekonsul Carlos Ketelsen und zwei Amerikaner von Villa Banditen getötet worden sind. Auch die amtliche Bestätigung der Nachricht fehlt noch.

Aus dem Bericht geht weiter hervor, daß eine unbekannte amerikanische Frau von Marodeuren verschleppt wurde. Der chinesische Geschäftsträger sprach hier bei dem Staatsdepartement vor und fragte nach einer Bestätigung, ob chinesische Untertanen in Chihuahua getötet worden seien.

Anderer deutscher Konsul entführt.

Die Entführung des deutschen Konsuls Vogel in Matamoras durch Banditen, die Villas Anhänger sein sollen, ist heute dem Staatsdepartement berichtet worden. Eine andere Nachricht lautet dahin, daß der deutsche Vizekonsul mit einem Amerikaner getötet wurde.

Amerikaner angeblich in Sicherheit.

El Paso, 5. Dez. Die erste glaubwürdige Mitteilung von Amerikanern in der Stadt Chihuahua hat Angehörige heute erreicht. Ein Telegramm von Charles Elmendorff, der mehrere Male als getötet gemeldet wurde, sagt: „Wir sind alle wohl." Dies wird von den mexikanischen Behörden dahin ausgelegt, daß anscheinend alle Amerikaner in Chihuahua sich wohl und in Sicherheit befinden.

Zucker-Rationen erhöht.

Kindersterblichkeit in Berlin wuchs infolge Zuckermangels.

London, 5. Dez. Eine Untersuchung der steigenden Kindersterblichkeit in Berlin hat festgestellt, daß die zunehmende Sterberate auf eine unzulängliche Erlaubnis an Zuckernahrung zurückzuführen sei, wie eine Amsterdamer Depesche an die Exchange Telegraph Co. meldet. Infolge dessen wurde beschlossen, jedem nach dem 1. Dez. geborenen Kinde ein weiteres halbes Pfund Zucker pro Monat zu bewilligen, während die Rationen der übrigen Bevölkerung im selben Verhältnis verringert werden sollen. Die Ration war bis jetzt 750 Gramm für jedes Kind pro Monat.

Entente-Blockade vollkommen vereitelt.

Beute in der Wallachei macht Zentralmächte vom Import unabhängig.

Vergebliche Menschenaufopferung der Russen in den Karpathen.

Berlin, 5. Dez. Drahtlos nach Sayville. Der Militär-Kritiker der Uebersee-Nachrichten-Agentur schreibt: „Wenn auch ein entscheidender Kampf vor den Toren von Bukarest wütet, hält trotzdem das heftige Ringen in den bewaldeten Karpathen und längs der siebenbürgischen Grenzgebirge, durch welches die Russen den Druck auf Rumänien erleichtern wollen, auf einer Linie von über 300 Kilometern (186 Meilen) an. Seit mehreren Tagen unternahmen die Russen Angriff auf Angriff und brachten für kleine lokale Vorteile die schwersten Opfer. In den letzten paar Tagen haben die deutschen, österreich-ungarischen und türkischen Truppen mit Hilfe von Gegenangriffen einige Stellungen zurückerobert und mehrere hundert Gefangene gemacht. Diese Kämpfe sind äußerst heftig und blutig. Die Russen wurden unbeachtet ihrer Verluste gegen das Maschinengewehr- und Artillerie-Feuer ihrer Gegner rücksichtslos getrieben. Aber die siebenbürgische Berg-Front steht unerschüttert und der starke russische Druck hatte nicht den geringsten Einfluß auf die militärische Situation in der Wallachei.

„Die Operationen in der Wallachei haben bis jetzt den vom deutschen Kommando ausgelegten Kurs genommen. Das ganze westliche Rumänien bis an den Arges-Fluß ist jetzt fest in Händen der Zentralmächte. Das große Gebiet Weizenland, die reichen Vorräte an Rindern und andere erbeutete Vorräte zusammen mit den großen Hilfsquellen des Bodens erhöhen die Stärke der Zentralmächte in solch permanenter Weise, daß die Blockade der Entente, die ohnedies keine wirklichen Aussichten auf Erfolg hatte, jetzt vollständig vereitelt wurde".

Gnadenbeweise des Gouverneurs..

Lansing, 5. Dez. Gouverneur Ferris hat die folgenden Sträflinge begnadigt oder paroliert:

Ionia Reformatorium: Joseph Tremont, in Kent County am 6. Dezember 1907 zu 3 bis 14 Jahren wegen Fälschung verurteilt; Stanley Polkowski, in Montcalm County am 13. Dezember 1913 zu 7 bis 15 Jahren wegen Angriffs mit der Absicht zu töten verurteilt; Joseph Mattausch, in Lenawee County am 12. Mai 1916 zu 1 bis 20 Jahre wegen Einbruchs verurteilt; James Green, in Oakland County am 23. Juni 1904 zu 1 bis 15 Jahre wegen Einbruchs verurteilt; William Wedge, in Ionia County am 4. Mai 1914 zu 5 bis 15 Jahr wegen Einbruchs verurteilt.

Marquette-Gefängnis: Morrice Ingall, in Wayne County am 22. Juni 1907 zu 4 bis 14 Jahre wegen Fälschung verurteilt; Joshua W. Cooper, in Houghton County am 16. Februar 1914 zu 7 bis 15 Jahre wegen Todschlags verurteilt; William Groff, in Houghton County am 16. Februar 1914 zu 7 bis 15 Jahre wegen Todschlags verurteilt.

Die Toten des Tages.

New York, 5. Dez. George C. Boldt, der Besitzer des Waldorf-Astoria- und vielleicht der beste aller Hotelbesitzer im Lande, ist heute gestorben. Er erlag einem Herzleiden. Sein Tod war nicht erwartet worden, trotzdem die Gesundheit nicht die beste war. Der Verstorbene, dem ein großes Heer von Freunden nachtrauert, erreichte ein Alter von 65 Jahren.

John D. Archbold, der Oelmagnat, ist heute früh in Tarrytown, N. Y., gestorben. Der Tod war das Resultat einer Komplikation von Krankheiten, die sich in Verbindung mit einer Blinddarmentzündung ergeben hatten.

Archbold war der Präsident der Standard Oil Co. von New Jersey und erreichte ein Alter von 68 Jahren. Er galt als eine rechte Hand John D. Rockefellers, und gilt infolge dessen als einer der Exponenten der Politik des großen Oelgeschäfts, das kaum mit günstigen Augen angesehen wird.

Harden sagt es.

Und London scheint es auch gleich zu glauben.

London, 5. Dez. Eine drahtlose Depesche aus Bern meldet heute, daß Maximilian Harden in der „Zukunft" schreibt, Herr von Jagow habe das deutsche auswärtige Amt verlassen, weil er gegen eine Tauchboot-Politik war, welche den Ver. Staaten mißliebig wäre. Herr von Jagow soll auch die Politik der Deportierung von Belgiern und Franzosen aus den okkupierten Gebieten nicht gebilligt haben.